



Budget 2017

Vertrauen ist die wichtigste Währung

Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling



Wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Die Eckdaten.

| Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Veränderung in % | | | |
|---|------|------|------|
| | 2015 | 2016 | 2017 |
| Wirtschaftswachstum, real ¹⁾ | 1,0 | 1,7 | 1,5 |
| Wirtschaftswachstum, nominell | 2,9 | 3,6 | 3,1 |
| Privater Konsum, real | 0,0 | 1,5 | 1,2 |
| Verbraucherpreise ²⁾ | 0,9 | 1,0 | 1,7 |
| Arbeitslosenquote (in %, Eurostat) | 5,7 | 6,0 | 6,1 |
| Arbeitslosenquote (in %, nat. Definition) | 9,1 | 9,2 | 9,4 |
| Beschäftigung ³⁾ | 1,0 | 1,4 | 1,1 |

1) Inflationsbereinigt (BIP-Deflator) 2) nationaler Verbraucherpreisindex (VPI) 3) Unselbstständig aktiv Beschäftigte

Ratings:

Vertrauen in Österreichs nachhaltige Fiskalpolitik.

| | Moody's | Fitch | S&P |
|-----------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Rating | Aa1 | AA+ | AA+ |
| Ausblick | stabil | stabil | stabil |
| | zweithöchstes Rating | zweithöchstes Rating | zweithöchstes Rating |

Budget 2017:

Solide öffentliche Finanzen schaffen Vertrauen.



- Bundesregierung setzt ihren Kurs einer wachstumsorientierten und nachhaltigen Budgetpolitik erfolgreich fort.
- Im Jahr 2015 wurde gesamtstaatlich ein struktureller Überschuss erzielt.
- 2016 wird das strukturelle Nulldefizit eingehalten.
- Auch 2017 wird gesamtstaatlich das strukturelle Defizit geringer als 0,5% des BIP sein und das strukturelle Defizit-Ziel erreicht.
- Neu ab 2017: Die Schuldenbremse. Das erfordert stärkere Budgetdisziplin.
- Das Budgetziel muss eine schwarze Null sein.

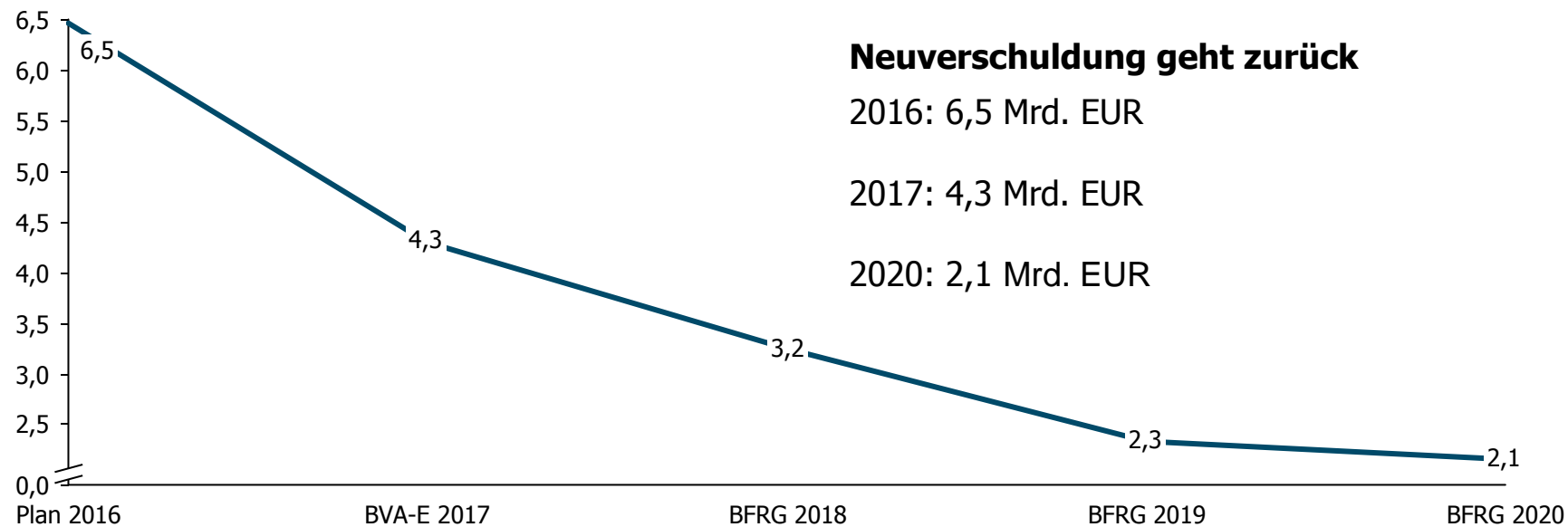
Kennzahlen Gesamtstaat Österreich: Neuverschuldung sinkt weiter.

| Bundesfinanzrahmen: Zahlen im Überblick | | | | | | |
|---|-------------------|------|------|------|------|------|
| | Vorl. Erfolg 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
| Kennzahlen in % des BIP | | | | | | |
| Maastricht-Defizit des Staates ¹⁾ | -1,0 | -1,4 | -1,2 | -0,9 | -0,7 | -0,4 |
| Strukturelles Defizit des Staates ²⁾ | 0,3 | -0,5 | -0,5 | -0,5 | -0,5 | -0,4 |
| Öffentliche Verschuldung ¹⁾ | 85,5 | 83,2 | 80,9 | 78,6 | 76,2 | 74,0 |

1) 2015: Statistik Austria; 2016-2020: Bundesministerium für Finanzen 2) BMF, nach Herausrechnen der Zusatzkosten für Flüchtlinge im Jahr 2015 und 2017

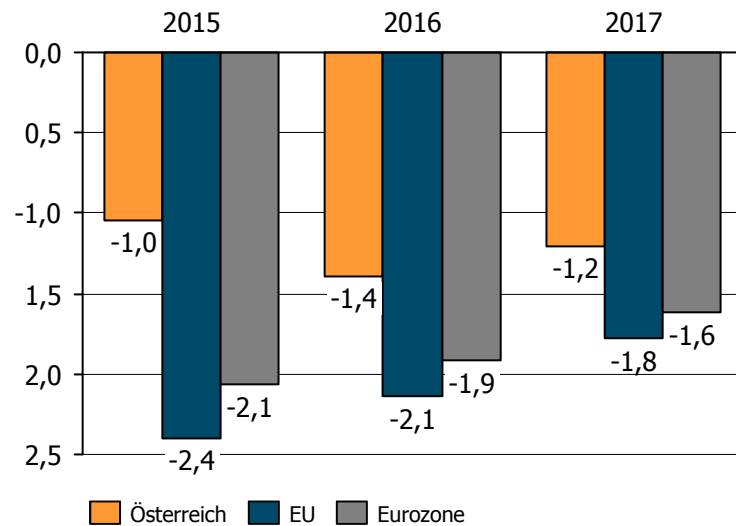
Kontinuierlicher Abbau: Sinkende Neuverschuldung des Bundes

**Neuverschuldung des Bundes
In Mrd. EUR**

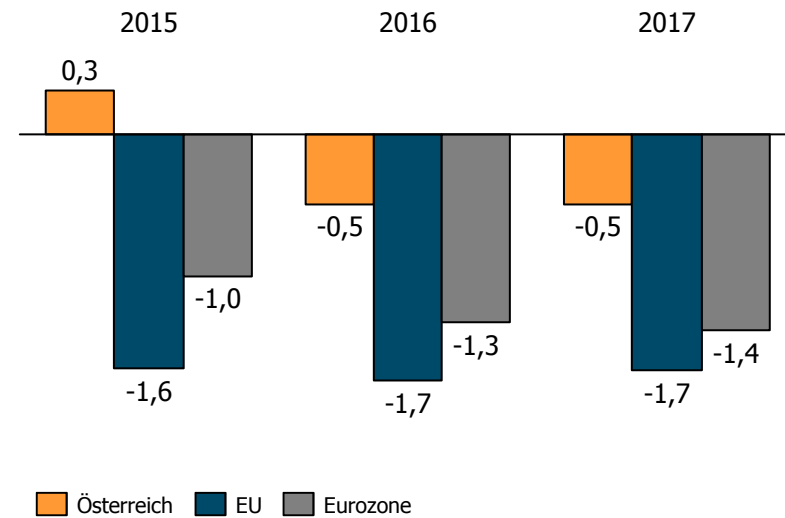


Defizitkriterien: EU-Vorgaben zum dritten Mal erreicht.

**Maastricht Defizit
In % des BIP**



**Strukturelles Defizit im Vergleich
In % des BIP**



Budget 2017: Auszahlungen und Einzahlungen.

| Wesentliche Kennziffern der Finanzplanung des Bundes | | | | | |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Angaben in Mio. EUR | Plan* 2016 | BVA-E 2017 | BFRG 2018 | BFRG 2019 | BFRG 2020 |
| Auszahlungen | 78.284 | 77.457 | 78.814 | 80.409 | 83.038 |
| Steigerung gegenüber Vorjahr | 3.695 | -827 | 1.357 | 1.595 | 2.630 |
| Einzahlungen | 71.828 | 73.159 | 75.566 | 78.072 | 80.893 |
| davon Steuereinzahlungen | 49.410 | 51.023 | 53.231 | 55.202 | 57.464 |
| Neuverschuldung | 6.456 | 4.298 | 3.248 | 2.337 | 2.145 |

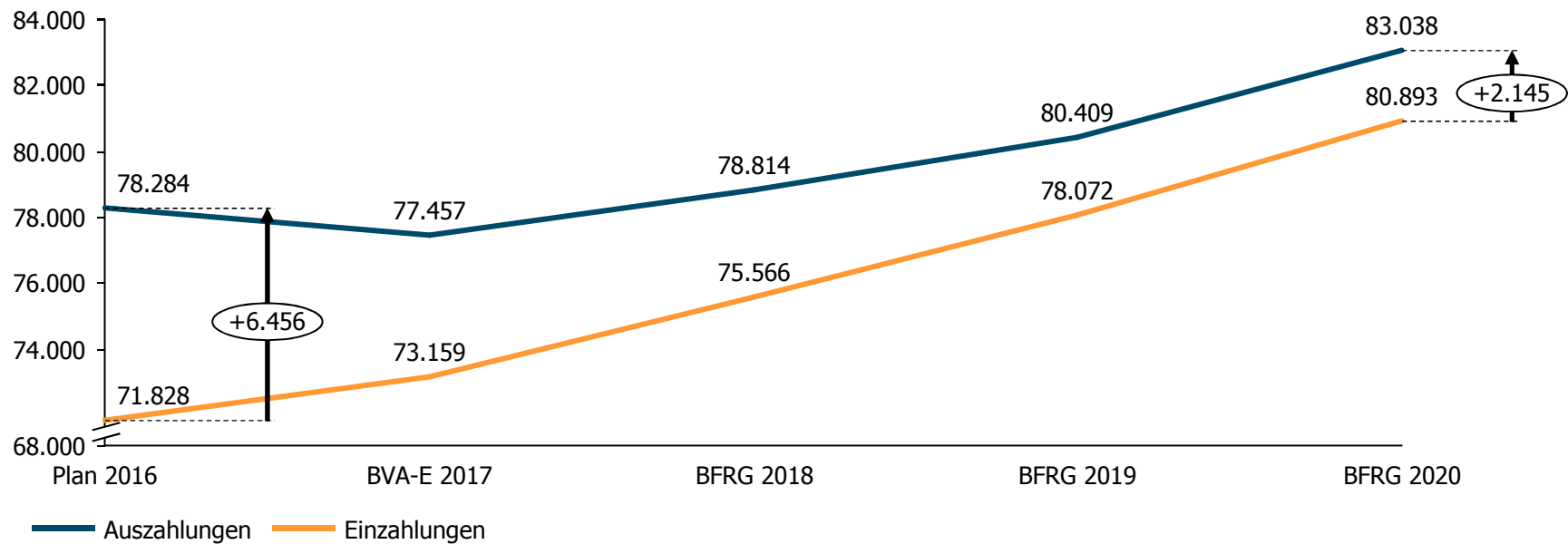
*BFG inkl. Ermächtigungen

BVA-E: Bundesvoranschlag-Entwurf; BFRG: Bundesfinanzrahmengesetz

Quelle: Finanzierungshaushalt; BMF

Auszahlungen und Einzahlungen: Schere schließt sich – Ziel schwarze Null.

Auszahlungen und Einzahlungen
In Mio. EUR



Budget 2017:

Die Richtung stimmt, jetzt Kurs halten.



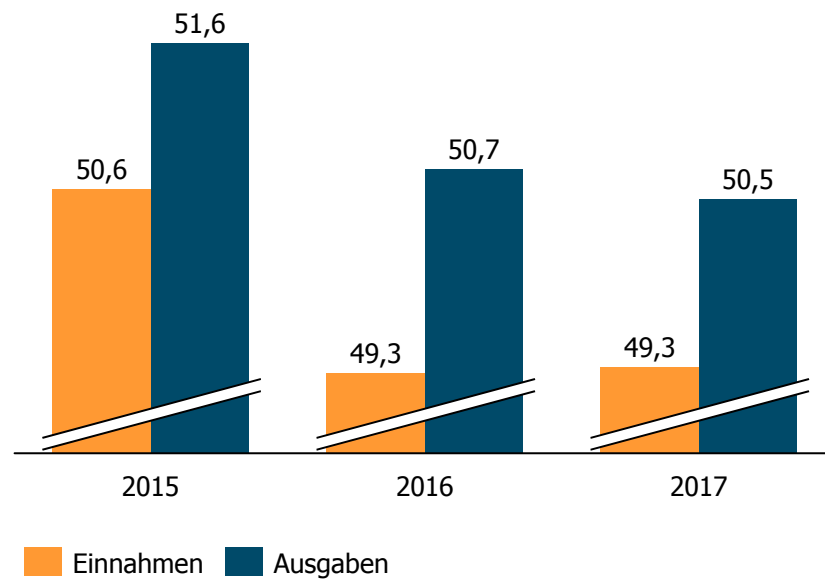
- Auszahlungen 2017 liegen um 827 Mio. EUR unter den Auszahlungen 2016*.
- Nettofinanzierungssaldo verbessert sich gegenüber 2016 um 2,2 Mrd. EUR.
- Auszahlungen liegen um 746 Mio. EUR unter BFRG 2017-2020.
- Nettofinanzierungssaldo um 430 Mio. EUR besser als noch im Frühjahr geplant.
- Schuldenbremse wirkt!

*BVA inkl. Ermächtigungen

Quelle: BMF Budgetbericht 2017

Staatseinnahmen und -ausgaben: Quote sinkt

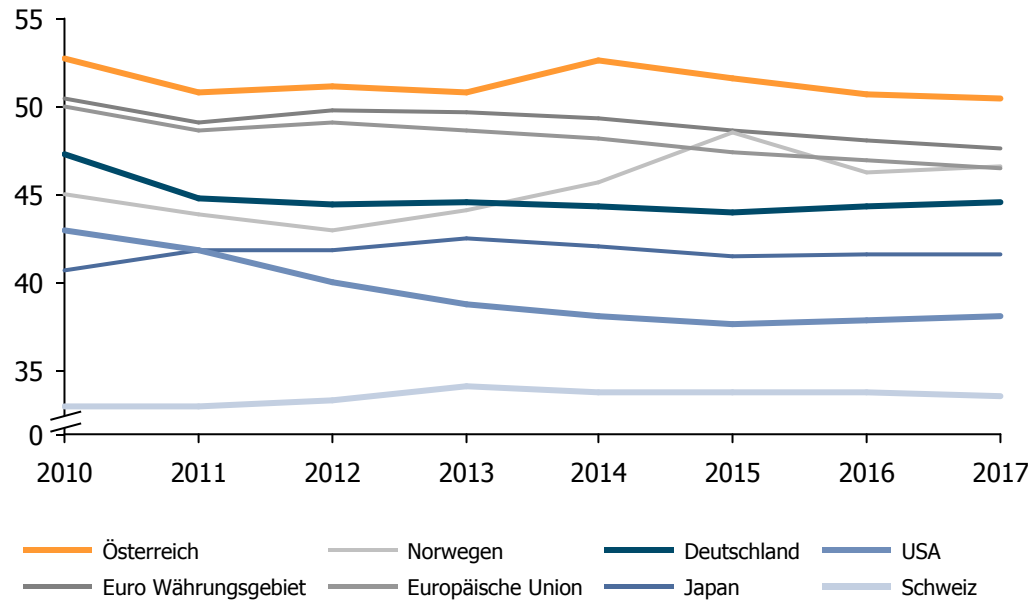
**Staatseinnahmen und Staatsausgaben
In % des BIP**



- Staatsausgabenquote sinkt von 51,6% des BIP (2015) auf 50,5% (2017); damit Vorkrisenniveau wieder erreicht
- Staatseinnahmenquote wieder unter 50%
- Staatseinnahmenquote sinkt von 50,6 % des BIP (2015) auf 49,3% (2017)

Staatseinnahmen und -ausgaben: Internationaler Vergleich

**Staatseinnahmen und Staatsausgaben
In % des BIP**



Staatsausgabenquoten 2017:

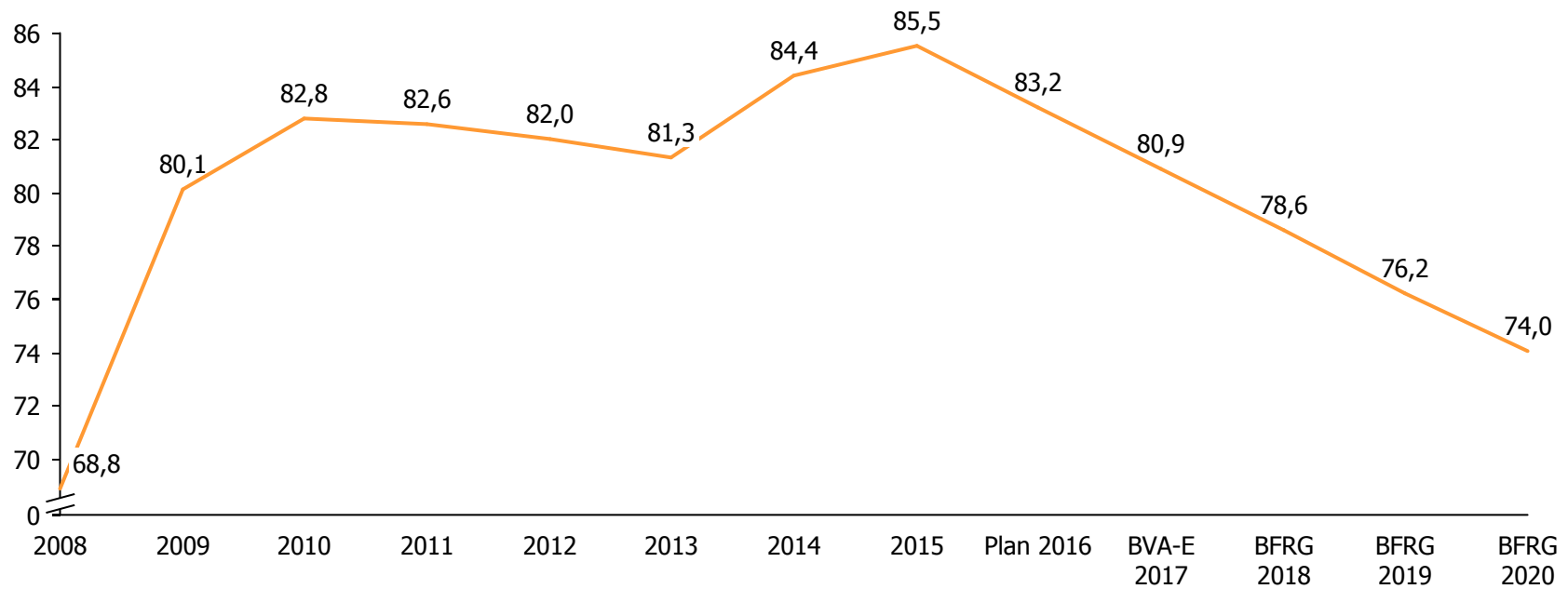
| | |
|---------------------|------|
| Österreich | 50,5 |
| Euro Währungsgebiet | 47,6 |
| Norwegen | 46,6 |
| Europäische Union | 46,5 |
| Deutschland | 44,5 |
| Japan | 41,6 |
| USA | 38,1 |
| Schweiz | 33,5 |

Kontinuierlicher Abbau: Gesamtstaatliche Schuldenquote sinkt

- Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist bis 2015 auf ihren Höchstwert gestiegen.
- Nachhaltige Budgetpolitik bringt nun Sinken der gesamtstaatlichen Schuldenstandquote.
- 2015 hat sie 85,5 % des BIP betragen, 2017 wird sie auf 80,9%; bis 2020 auf 74 % sinken.

Entwicklung Staatsschulden: Schuldenquote deutlich rückläufig.

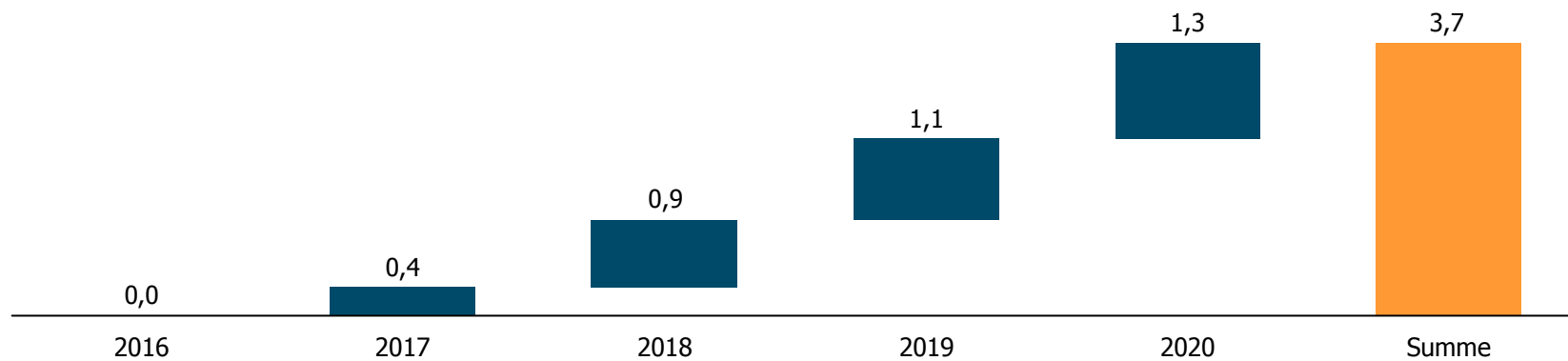
**Staatsschuldenquote
In % BIP**



Positiver Effekt: Die Zinsentwicklung.

- Konsequente Budgetpolitik und europäisches Umfeld lassen Zinsen auf Allzeittief fallen
- Der Zinsvorteil in den Jahren 2017 – 2020 gegenüber dem Jahr 2016 summiert sich auf insgesamt 3,7 Mrd. EUR

**Ersparnisse im Zinsaufwand des Bundes
In Mrd. EUR**



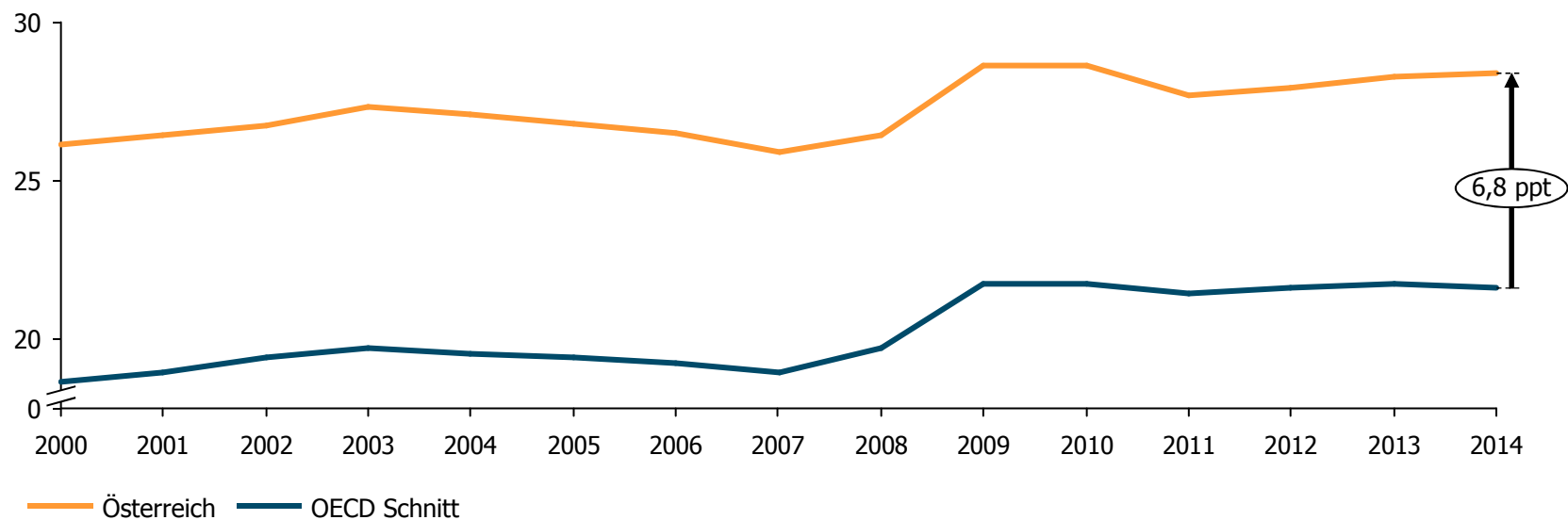
Budget 2017:

Strukturelle Herausforderungen.

| | | |
|--|---|---|
| Risiko geringeres Wirtschaftswachstum | → | Geplantes Wachstum: +1,5% Wachstum bei nur +1,1% = höheres Defizit von 0,8 Mrd. EUR Wachstum bei nur +0,8% = höheres Defizit von 1,5 Mrd. EUR |
| Bundesbeitrag für Pensionen steigen 2015-2020 | → | Zusatzkosten von rd. 3 Mrd. EUR auf 13,3 Mrd. EUR |
| Ausgaben des Bundes für Arbeit steigen 2015-2020 | → | Zusatzkosten von rd. 1,6 Mrd. EUR auf 9,54 Mrd. EUR |
| Ausgaben des Bundes für Pflege steigen 2015-2020 | → | Zusatzkosten von rd. 360 Mio. EUR auf 3,21 Mrd. EUR |
| Zahlungsverpflichtungen ÖBB-Investitionen | → | 42 Mrd. Investitions- und Finanzierungskosten lt. VorbelastungsG |
| Risiko bei Erhöhung der Inflation um +1 % | → | Steigerung Personalausgaben ¹⁾ 280 Mio. EUR Steigerung Pensionsausgaben ¹⁾ 445 Mio. EUR |

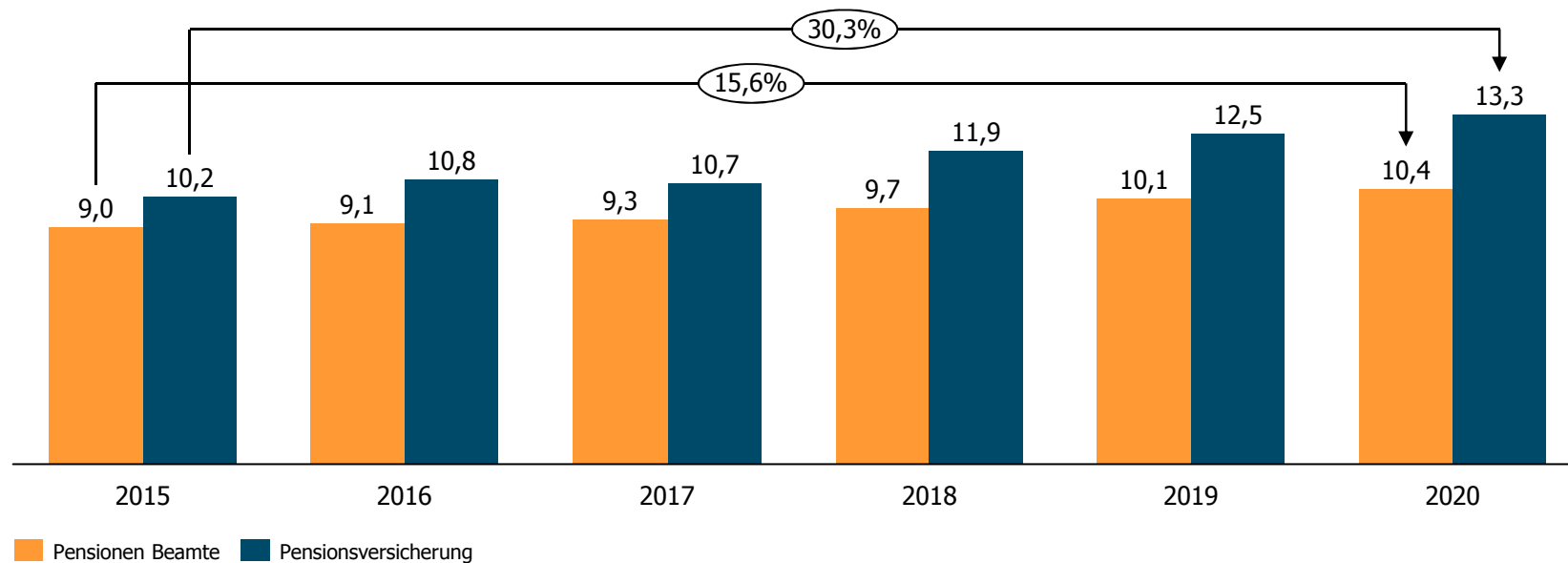
Strukturelle Herausforderung: Sozialausgaben weit über OECD-Schnitt.

Entwicklung der öffentlichen Sozialausgaben
Sozialausgaben in % des BIP



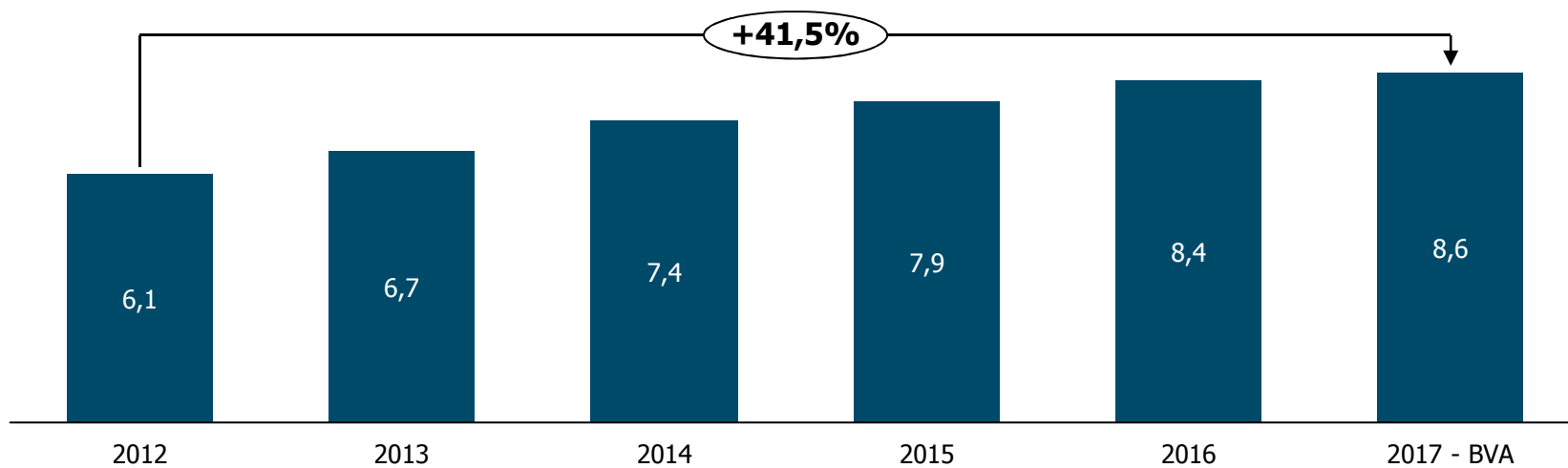
Strukturelle Herausforderung: Pensionszuschüsse steigen weiter an.

Entwicklung der Auszahlungen
Mrd. EUR



Strukturelle Herausforderung: Starker Anstieg bei Arbeitsmarktkosten.

Ausgaben Arbeitsmarktpolitik
Entwicklung in Mrd. EUR

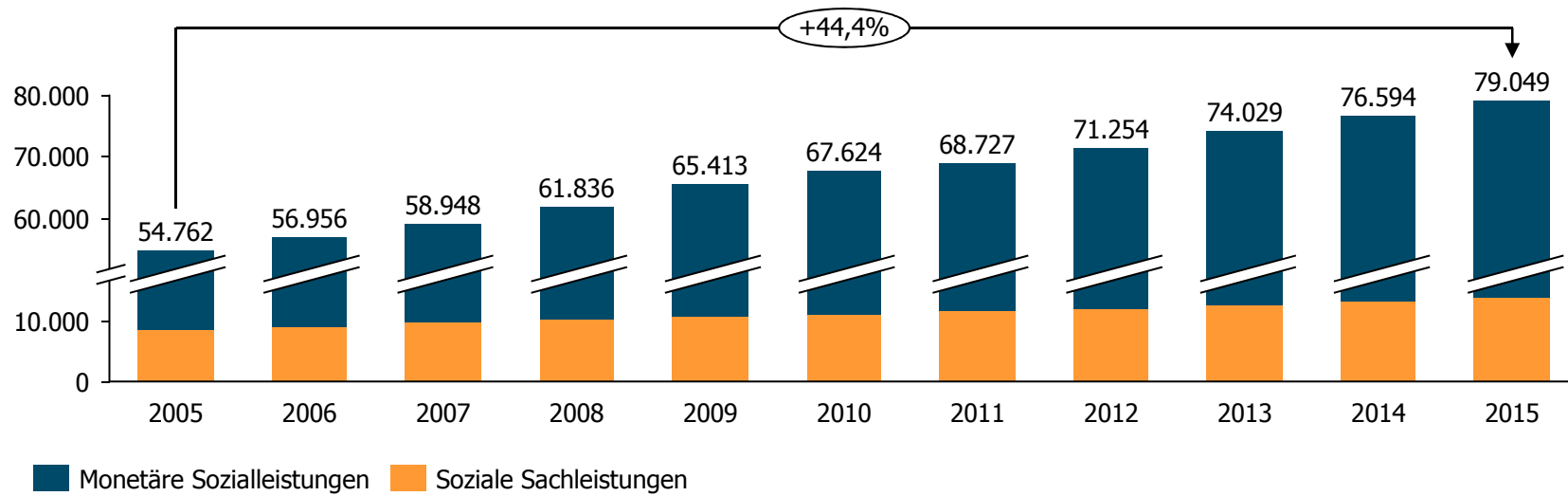


■ Ausgaben Arbeitsmarktpolitik in Mrd. EUR

Quelle: Statistik Austria; BMF Budgetbericht 2017

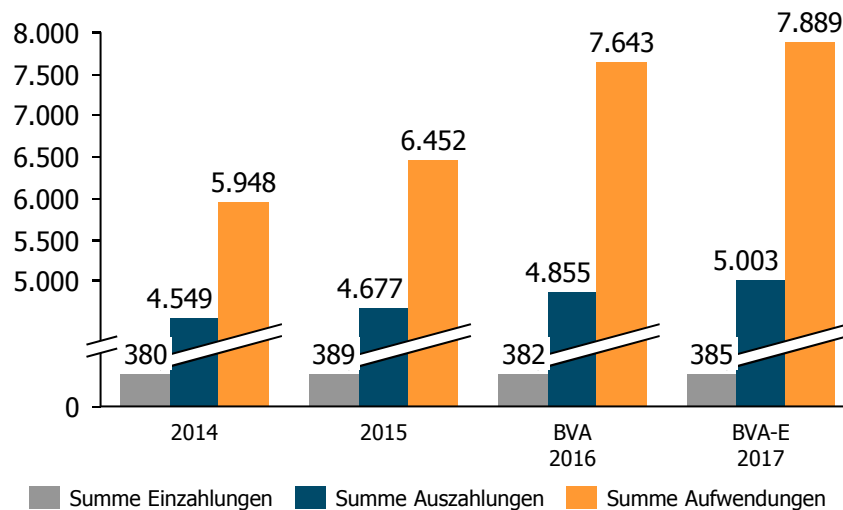
Strukturelle Herausforderung: Entwicklung der öffentlichen Sozialausgaben.

Entwicklung der gesamtstaatlichen öffentlichen Sozialausgaben
In Mio. EUR



Strukturelle Herausforderung: ÖBB bekommt erstmals über 5 Mrd. EUR.

**Einzahlungen, Ausgaben und Aufwendungen ÖBB gesamt
In Mio. EUR**

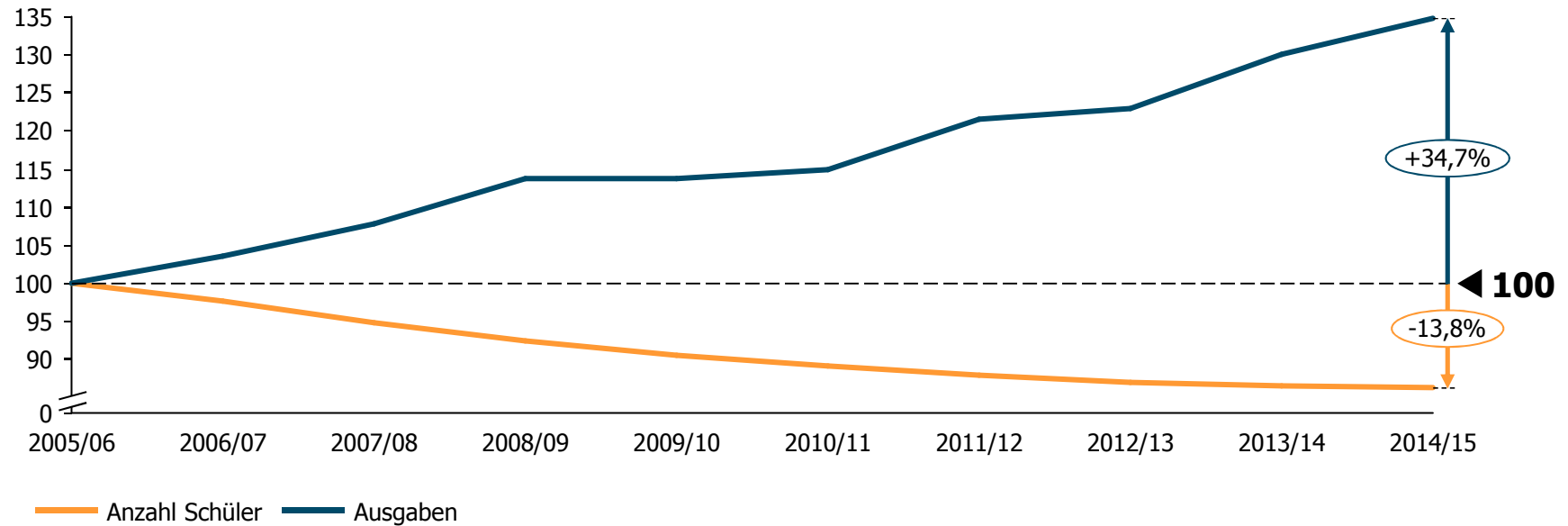


Auszahlungen und Aufwendungen ÖBB

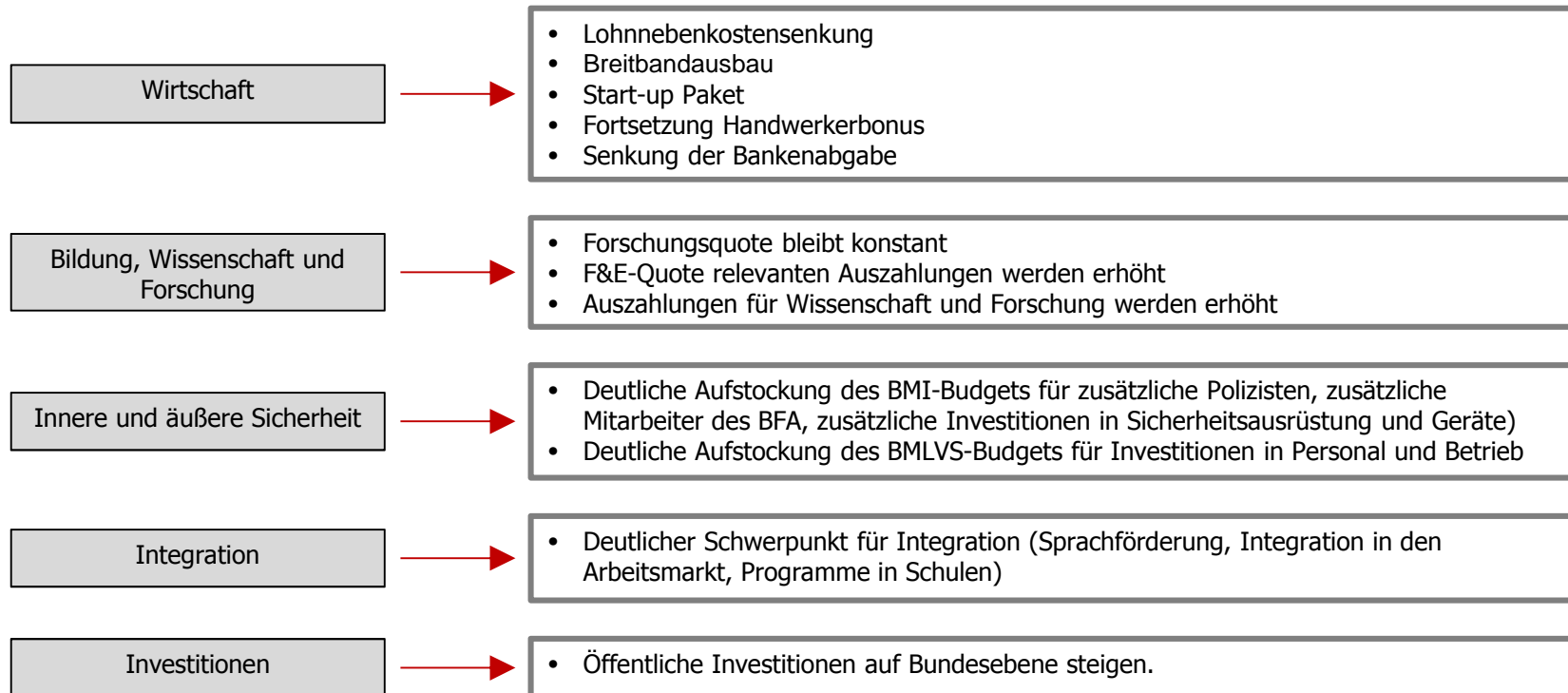
- 2017 erhält die ÖBB rd. 5 Mrd. EUR aus dem Budget
- Unter Berücksichtigung der langfristigen Verpflichtungen zur Finanzierung der Investitionen knapp 8 Mrd. (= jeder 10. EUR)
- Seit 2014 sind für die ÖBB rd. 2 Mrd. EUR mehr budgetiert
- Finanzierungsverpflichtungen liegen bei rd. 42 Mrd.

Strukturelle Herausforderung: Schulverwaltung: Kosten steigen.

Entwicklung der Schülerzahlen und der Ausgaben im Bereich der Allgemeinbildenden Pflichtschulen (Indexiert)



Budget 2017: Die Schwerpunkte.



Fokus Wirtschaft und Arbeitsplätze: Investitionen und Impulse für den Standort.

- Die Senkung der Lohnnebenkosten um 1 Mrd. EUR, davon Senkung des FLAF-Beitragssatzes ab 2017 um 0,4 Prozentpunkte (Einsparung von 520 Millionen Euro pro Jahr) und ab 1.1.2018 um weitere 0,2 Prozentpunkte.
- Die Förderung von Start- Ups wird mit 185 Mio. EUR forciert, davon rd. 30 Mio. EUR 2017.
- Senkung der Bankenabgabe ab 2017 von aktuell 500 Mio. EUR auf 100 Mio. EUR.
- Der Handwerkerbonus in Höhe von 20 Mio. EUR wird 2017 fortgesetzt.
- Weitere Initiativen im Rahmen der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit (25.10.2016)

Fokus ländlicher Raum: Stärkung der Regionen.

- Zur Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus werden 2017 aus der Breitbandoffensive 110 Mio. EUR bereitgestellt.
- Leistungen der Landwirtschaft für unsere Gesellschaft sind uns viel wert:
 - Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe 693,1 Mio. EUR
 - Zinszuschüsse zu agrarischen Investitionskrediten bis zu 130 Mio. EUR
 - Ernteversicherung eingeführt, bei Frostschäden rasch geholfen
- Schutz vor Naturgefahren: Aktionsprogramm „Naturgefahrnsicheres Österreich“ wird mit jährlich 200 Mio. EUR fortgesetzt
- Umwelt: Förderungen bleiben trotz Konsolidierungsdrucks auf Niveau der Vorjahre
- Der ländliche Raum wird gestärkt: Programm für die ländliche Entwicklung ist nun voll angelaufen. Vollständige Ausnutzung der EU-Finanzierung (EU: 562,5 Mio. EUR, kofinanziert von Bund und Ländern: 287,6 Mio. EUR) wird ein regional-, agrar- und wirtschaftspolitischer Schwerpunkt gesetzt.

Perspektive:

Abschaffen der kalten Progression.

- Ein Automatismus, der dem Steuerzahler das zurückgibt, das durch die inflationsbedingte Steuererhöhung weggenommen wird – Abschaffung bringt 400 Mio. EUR mehr Konsum pro Jahr.
- Dauerhafter Konjunkturimpuls und Wachstumsmotor.
- Das Modell liegt vor.
- Alle Steuerstufen sollen – bei Überschreitung eines bestimmten Inflationswertes (zB. 5%) – automatisch angepasst werden.

Fokus aktive Standortpolitik:

Mehr Geld für Bildung, Wissenschaft & Forschung.



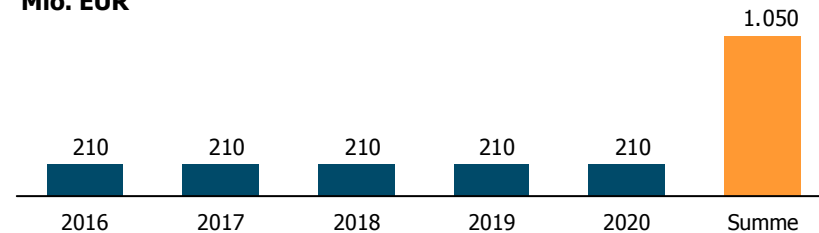
Die zukunfts- und wachstumsorientierten Auszahlungen steigen weiter an:

- Für den Bereich Wissenschaft und Forschung (UG 31) stehen 2017 um 84 Mio. EUR mehr zur Verfügung (auf rd. 4,4 Mrd. EUR gesamt).
- Insgesamt steigen die für die F&E-Quote relevanten Auszahlungen im Bundesbudget von 2,68 Mrd. EUR (2016) auf 2,75 Mrd. EUR im Jahr 2017.
- Dem Bildungsministerium (UG 30) stehen im Jahr 2017 insgesamt 8,65 Mrd. EUR zur Verfügung. Im Jahr 2015 hatte die UG 30 noch ein Volumen von 8,26 Mrd. EUR zur Verfügung.
- Klinischer Mehraufwand für Wien steigt um 166,5 Mio. EUR 2018-2020 für Bauten.

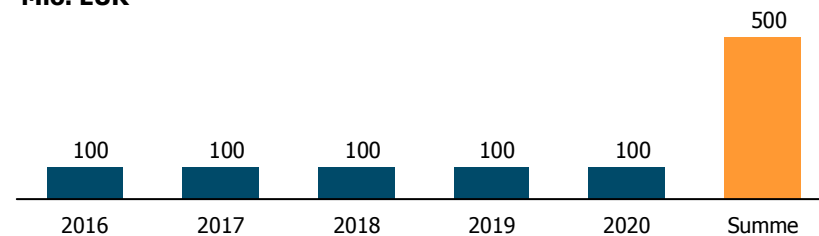
Fokus Wissenschaft und Forschung: Mehr Geld für hohe Qualität

- Forschungsquote konstant über 3% des BIP
- Forschungsprämie steigt von 10 auf 12 Prozent pro Jahr (+80 Mio. EUR)
- Neue Anreize für internationale ForscherInnen und WissenschaftlerInnen: Zuzugsbegünstigungen
- Weiterführung des 2016-2018 erhöhten Gesamtbetrags für die Universitäten
- Fachhochschulen erhalten zusätzliche 20 Mio. EUR pro Jahr
- Fortführung der Zusatzmittel für die Grundlagenforschung
- Weitere Erhöhung der Mittel für Forschung 2016-2018
- Investitionen in Klinikbauten (AKH-Wien)

Weiterführung des 2016-2019 erhöhten Gesamtbetrags für die Universitäten
Mio. EUR



Fortführung der Zusatzmittel für Grundlagenforschung
Mio. EUR



Das Sicherheitspaket:

Mehr Geld für innere und äußere Sicherheit.

- Bereits im BFRG 2017-2020 wurde ein Sicherheitspaket für Inneres und Landesverteidigung geschnürt.
- Es gibt mehr Geld für die Polizei und das Fremdenwesen. Das Personal für die Sicherheit wird deutlich aufgestockt. Es gibt zusätzliche Mitarbeiter für das Bundesamt für das Fremdenwesen und Asyl.
- Für die Betreuung und Grundversorgung von Asylwerbern und Asylwerberinnen sind für das Jahr 2017 insgesamt 0,67 Mrd. EUR vorgesehen.
- Insgesamt wird 2017 für Flüchtlings- und Asylwesen 1,1 Mrd. EUR bereitgestellt.
- Das Budget des Innenministeriums (UG 11) steigt um 440 Mio. EUR auf insgesamt 3,47 Mrd. EUR. Auch das Budget der Landesverteidigung (UG 14) wird um 246 Mio. EUR auf 2,32 Mrd. EUR angehoben.

Flüchtlingskrise: Mittel für Deutsch- und Wertekurse.

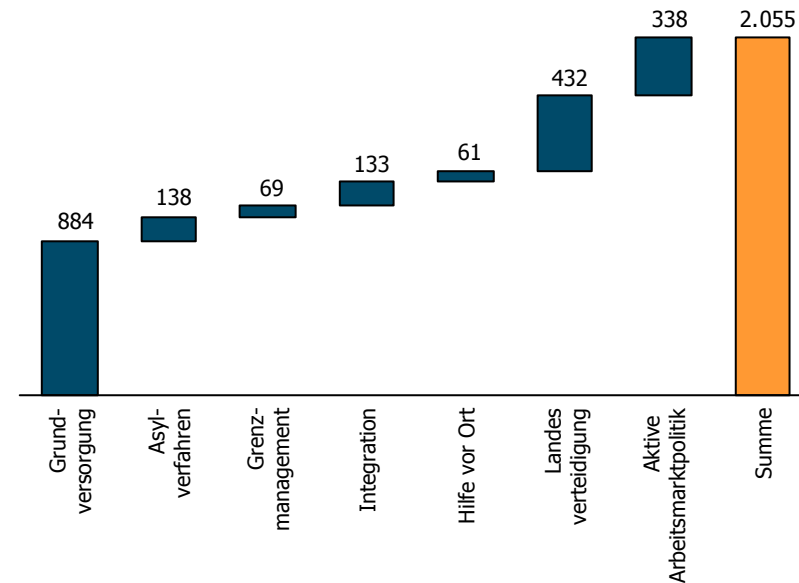
- Das Integrationsbudget wird aufgestockt.
- Mittel werden vor allem gezielt für Deutsch- und Wertekurse eingesetzt.
- Für Integrationsmaßnahmen im Außenministerium (UG 12) werden die Mittel auf 56 Mio. EUR erhöht.
- Für die Integration von Flüchtlingskindern in das Schulsystem, insbesondere für die Ausweitung des Angebots für Sprachkurse werden 2017 80 Mio. EUR bereitgestellt. Für die Integration von Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten in den Arbeitsmarkt stehen weiter 80 Mio. EUR zur Verfügung.
- Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden erhöht. Das EZA Budget im Außenamt wird erhöht und steigt auf 112,5 Mio. EUR.

Flüchtlingskrise: Mehr Geld für Integration.

Für Flüchtlinge, Asylwesen und Integration wird folgendermaßen für 2017 budgetär vorgesorgt:

- Grundversorgung: 884 Mio. EUR
- Asylverfahren BMI: 138 Mio. EUR
- Grenzmanagement BMI: 69 Mio. EUR
- Integration BMEIA: 133 Mio. EUR
- Hilfe vor Ort BMEIA: 61 Mio. EUR
- Landesverteidigung BMLVS: 432 Mio. EUR
- Aktive Arbeitsmarktpolitik BMASK: 338 Mio. EUR

Mittel Flüchtlinge, Asylwesen und Integration 2017
In Mio. EUR

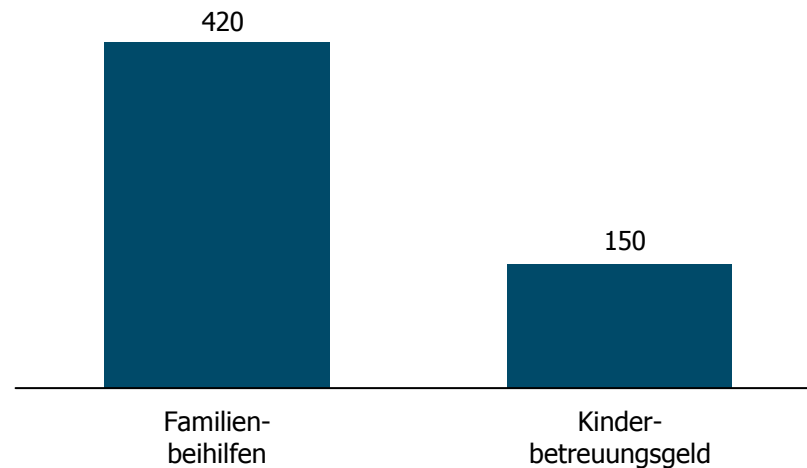


Familien:

Mehr Mittel für ein familienfreundliches Umfeld

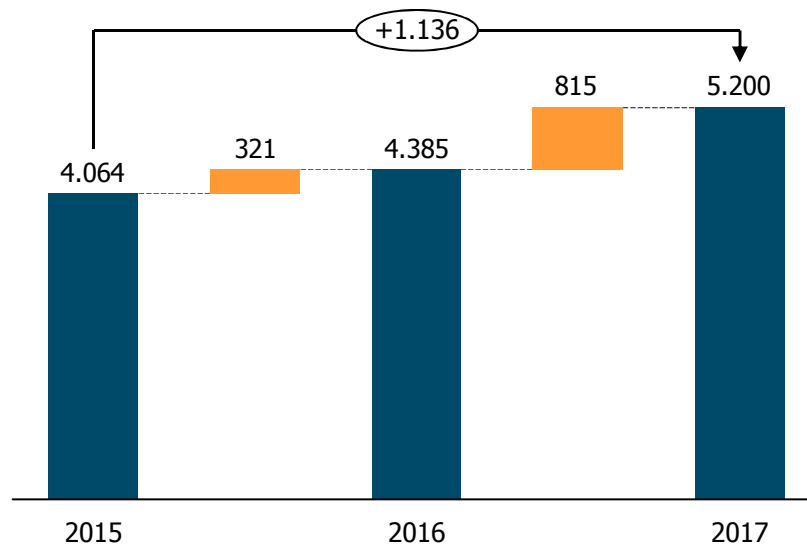
- Die Erhöhung der Familienbeihilfen um 1,9% per 1.1.2016 und 1.1.2018 bringen den Familien rd. 180 Mio. EUR mehr bis 2020
- Die geplanten Änderungen zur Einführung eines Kinderbetreuungsgeldkontos bedeuten bis 2020 rd. 150 Mio. EUR mehr für Mütter und Väter
- Entlastung der Familien um rd. 100 Mio. EUR jährlich durch:
 - Höhere Freibeträge: Verdoppelung des Kinderfreibetrag auf 440 EUR
 - Oder 300 EUR pro Elternteil
- Die antragslose Familienbeihilfe entlastet administrativ

Mehrauszahlungen für Familien in Österreich von 2017 bis 2020
In Mio. EUR



Öffentliche Investitionen 2017: Rund 800 Mio. EUR mehr

Infrastrukturinvestitionen auf Bundesebene In Mio. EUR



**Kein Kaputtsparen – Auf Bundesebene wird 2017
rd. 800 Mio. EUR mehr investiert**

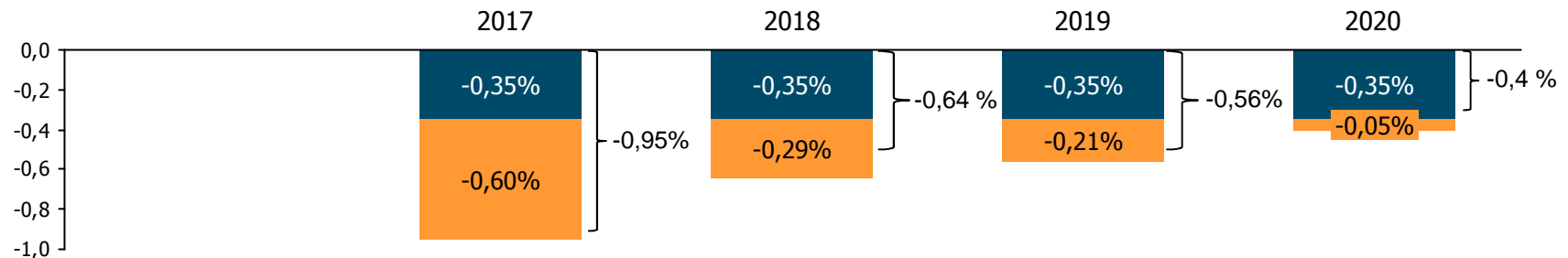
2017 wird gezielt in Infrastruktur in den folgenden
Bereichen investiert:

- Sicherheit
- Bildung und Wissenschaft
- Infrastruktur
- Breitband
- Gesundheit
- Umweltförderung

Neu ab 1.1.2017: Die Schuldenbremse.

- 1.1.2017: In-Kraft-Treten der Schuldenbremse mit dem Ziel, strukturelle Defizite zu verhindern und Schulden zu begrenzen
- Strukturelles Defizit des Bundes inkl. SV darf nicht größer als 0,35% des nominellen BIP sein

Entwicklung strukturelles Defizit des Bundes 2017-2020
in %



| | | | | |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Ziel zum Erreichen der Schuldenbremse: | -0,60% | -0,29% | -0,21% | -0,05% |
| | = | = | = | = |
| | -2,18 Mrd. | -1,08 Mrd. | -0,82 Mrd. | -0,21 Mrd. |

■ Schuldenbremse ■ Überschreitung in % BIP

Die Leitplanken des BMF: Vereinbarungen einhalten, kein Abweichen!

- Einhaltung der Schuldenbremse erfordert strenge Budgetdisziplin
- Die vorhandenen haushaltsrechtlichen Instrumentarien werden strikt angewendet
- Bindungen stellen einen zweckentsprechenden Mitteleinsatz sicher
- Mittelverwendungsüberschreitungen und Rücklagen werden nur nach strenger Prüfung der Voraussetzungen freigegeben
- Bei drohenden Saldenverschlechterungen können allenfalls weitere Bindungen vorgesehen (§ 52 Abs. 1 BHG 2013) werden
- Ausgabenanalyse wird standardmäßig eingeführt (s.g. „Spending Reviews“ = eine Evaluierung, in der Ausgaben der einzelnen Bereiche untersucht werden, ob sie zeitgemäß sind u. ob sie die gewünschten Resultate bringen. Ziel: Wo gibt es sinnvolle Ansatzpunkte für Verbesserungen, wo können Aufgaben am besten erbracht werden)

Der Kurs bis 2021:

Strikter Budgetvollzug, sorgsam haushalten

- Die Fortsetzung des strikten Budgetvollzugs ist auch in Zukunft unerlässlich
- Langfristig führt an strukturellen Reformen kein Weg vorbei
- Steuerrecht weiterentwickeln, Besteuerungsverfahren modernisieren
- Kalte Progression abbauen
- Steuerverlagerung und Steuervermeidung effektiv bekämpfen
- Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen
- Finanzsektor robuster machen
- Die Qualität des Wirtschaftswachstums stärker in den Blick nehmen
- **Das Ziel muss die schwarze Null sein!**